

# Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Schriftleitung und  
Versand:

Bezugs-Bedingungen:

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich. Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh

Berlin S 42, Luisenufer 1  
Fernruf: Moritzplatz 3725

Vierteljährlich ohne „Gärtnerei-Fachblatt“ durch die Post 3.-Mk. unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtnerei-Fachblatts“ vierteljährlich durch die Post 1.-Mk. unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtnerei-Fachblatt“

## Der Neunte Deutsche Gewerkschaftskongress.

(Schluß.)

Schneller, als sich erwarten ließ, gelangte am Donnerstag, den 25. Juni, das schwierige Kapitel über die **Grenzstreitigkeiten** zum Abschluß. Zwar fielen in der Debatte noch manche herbe Worte, und Zwischenrufe brachten manche schärfere Tonart hinein, die aber doch gemildert wurde durch humoristische Redewendungen, die erkennen ließen, daß allseitig die gute Absicht vorhanden war, in dieser Frage zu einem schiedlichen Vergleich zu kommen. Die Abstimmung der zu dieser Sache vorliegenden vielfachen Anträge wurde auf den nächsten Tag verschoben, um jedem Einzelnen noch die Möglichkeit einer genaueren Durchprüfung zu gewähren. Hervorgehoben wurde, daß die großen Verbände der Fabrikarbeiter und der Transportarbeiter bei ihrer Agitation aus begreiflichen Gründen gar zu leicht anecken könnten; bei allgemein vorhandenem guten Willen auf allen Seiten aber dürften sich tiefere Differenzen vermeiden lassen. Bedeutsam ist die Abstimmung über einen Teil des von der Generalkommission dem Kongress vorgelegten **Regulativs für das Zusammenwirken der Gewerkschaften**. Lehnt sich dieses neue Regulativ im wesentlichen an das bisher bestehende an, so ist die Bestimmung über die gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen neu. Der Kölner Gewerkschaftskongress hatte im Regulativ das freiwillige Sammel-system geregelt. Das neue Regulativ setzt anstelle der Freiwilligkeit eine statutarische Verpflichtung zur Unterstützung jeder in einem großen Kampf befindlichen Gewerkschaft. Auf dem Wege des Umlageverfahrens ist dann diese Organisation verpflichtet, einen bestimmten Beitrag für die von der Aussperrung betroffenen oder in einem großen Kampf befindlichen Gewerkschaft zu leisten. Das bedeutet einen gewaltigen Schritt in der Vereinigung der gewerkschaftlichen Kräfte nach vorwärts. Ob später daraus eine allgemeine Verpflichtung zu regelmäßigen Beiträgen in eine Kasse (Generalstreikfonds) sich herausbilden würde, bleibe — so meinte Legien — vorläufig dahingestellt. Ohne Diskussion, aber mit sichtlichem Befriedigung wurde der Bericht über die „**Volkssorge**“ entgegengenommen. Aus den von Bauer gemachten Mitteilungen geht hervor, daß die Schaffung dieses gemeinnützigen Unternehmens, bei dem jeder kapitalistische Profit ausgeschlossen ist, eine große soziale Tat war. Trotz mancher von außen kommenden Schwierigkeiten entwickelt sich diese Versicherungskasse sehr befriedigend, sehr zum Ärger der gegnerischen Konkurrenz-Unternehmen, die trotz größter Förderung von hohen Stellen in der Entwicklung recht bedenklich kränkeln.

Zwei Vorträge, die einander ergänzten, nahm der Kongress noch entgegen. Die Fülle unendlichen Materials über die **parteiliche Anwendung des Reichsvereinsgesetzes gegen die Gewerkschaften** bereicherte der Referent Brey noch durch mehrere krasse behördliche und gerichtliche Auslegungen. Durch einstimmige Annahme einer Entschliefung, die eine Verbesserung des Koalitionsrechts verlangt, und durch den mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag bekundete der Kongress — wie der Vorsitzende unter allgemeiner Zustimmung feststellte —, daß die Gewerkschaften im Sinne des Vortragenden wirken und alle Wege und Mittel in Anwendung bringen wollen, um die Organisation zu stärken und zu kräftigen.

Auch Schlickes Vortrag über **Unternehmerterror und Arbeitswilligenschutz** gipfelte in der Forderung: Ausbau des Koalitionsrechtes, und ferner Bestrafung aller derjenigen, die Arbeiter oder Angestellte in der Ausübung dieses Rechts beschränken.

Der Kongress schlug einen Zusatzantrag zu der Resolution Schlicke vor, in der ausgesprochen wird, daß, wenn den Arbeitern das Foalitionsrecht verschlechtert oder geraubt werden sollte,

unter Umständen auch der Massenstreik in Anwendung gebracht werden kann.

Alle Anträge, die eine Vergrößerung der Generalkommission wollten, wurden abgelehnt. Die Generalkommission bleibt wie bisher aus 13 Mitgliedern bestehen. Als neue Bestimmung gilt nur, daß der erste und zweite Vorsitzende und der Kassierer vom Kongress gewählt werden, während bisher die Generalkommission diese Personen aus ihrer Mitte wählte.

Bilder abstoßenden Inhalts waren es, die in der Diskussion vom Freitag die einzelnen Redner von der deutschen Rechtsprechung aus Arbeitswilligenprozessen zeigten. Zu einer wuchtigen Kundgebung gegen die Klassenjustiz gestaltete sich das Auftreten des Genossen Frölich als Redner, als der Vorsitzende bekannt gab, daß Frölich 2 Jahre 7 Monate Gefängnis verbüßt hat, welche Strafe er in einem Arbeitswilligenprozeß wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch zudiktiert erhalten hätte. Frölich teilte mit, daß er auf Grund der Aussage eines vierzehnmahl vorbestraften Betrügers und Zuhälters verurteilt worden sei, dessen Zeugnis ein Dutzend unbescholtene Entlastungszeugen vor Gericht nicht zu erschüttern vermochten. Sechs Offizialklagen zur Restaurierung der Irrungen der Staatsstütze hat die Staatsanwaltschaft bereits eingeleitet. Unter lebhafter Zustimmung des Kongresses erklärte der Vorsitzende, daß der Kongress dem Genossen Frölich seine wärmste Sympathien ausspricht.

Der am Donnerstag erwähnte Antrag eines Leipziger Delegierten, der gegen den Koalitionsraub den Generalstreik angewandt wissen will, wurde in diesem entscheidenden Punkt unter Heiterkeit des Kongresses vom Antragsteller selbst zurückgezogen; den anderen Teil des Antrages, der sich mit der Resolution Schlicke deckt, lehnte der Kongress ab. Der Vorsitzende Leipart erklärte, es sei ganz selbstverständlich, daß die organisierten Arbeiter jedes taugliche Mittel zur Verteidigung ihrer Lebensrechte in Anwendung bringen würden, daß es aber unklug wäre, im voraus vor aller Welt taktische Maßnahmen zu erörtern. Die Resolution Schlicke wurde einstimmig angenommen.

Bei der nun folgenden Abstimmung über die Anträge zum Regulativ lebte die Debatte über die **Grenzstreitigkeiten** noch einmal neu auf. Anlaß dazu boten Anträge über die Einsetzung einer Berufungsinstanz für die Urteile der Schiedsgerichte. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich der Antrag der Transportarbeiter, wonach eine Berufung an die Konferenz der Verbandsvorstände zulässig sein soll, mit großer Majorität abgelehnt, ein Antrag dagegen, der die Beschwerde gegen die Urteile der Schiedsgerichte an die Vorstandskonferenz zuläßt, aber nur dann, wenn im Verfahren Verstöße gegen bestehende Gewerkschaftsgrundsätze nachzuweisen sind (also eigentlich nur die Revision) wurde angenommen. Die Vorstandskonferenz kann diese Beschwerden an ein Schiedsgericht zurückverweisen oder ihre Abweisung beschließen; sonst sind die Entscheidungen der Schiedsgerichte endgültig. Damit ist eine Vermittlung zwischen den in dieser Frage streitenden Verbänden geschaffen, die hoffentlich ihre gute Wirkung in der Praxis nicht verfehlen wird.

Ein Vortrag über die **Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise** war zugleich ein Appell an die Gewerkschaften, sich mit dieser so wichtigen Frage eingehender als bisher zu beschäftigen. Die Vorschläge des Dr. Freund wurden ebenso scharf zurückgewiesen, wie die von einem Gewerkschaftsführer vertretene Ansicht bekämpft wurde, daß der Kampf um den Arbeitsnachweis vermieden werden müsse und die Regelung nur durch die Gesetzgebung erfolgen könne. Das Recht der gewerkschaftlichen

Selbsthilfe wurde dagegen scharf betont, um die der Selbstverwaltung der Arbeiter drohende Gefahr abzuwenden. Die Gewerkschaften wollen grundsätzlich, daß der Arbeitsnachweis den Interessenkämpfen zwischen Unternehmern und Arbeiter entzogen wird. Sie weisen aber auch den Anspruch der Unternehmer, allein den Arbeitsnachweis zu beherrschen, entschieden zurück. Gegen die vom Verband deutscher Arbeitsnachweise beabsichtigte Bürokratisierung und Bekämpfung der tariflichen Facharbeitsnachweise richtet sich die vorliegende Entschliebung.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Besprechung der zur Wahl für die Generalkommission vorgeschlagenen Personen. Auf der Vorschlagsliste befinden sich außer den 13 der Generalkommission bisher angehörigen Genossen noch mehrere andere Personen.

Auf das Brachfeld sozialer Tätigkeit in der **Arbeitslosenfürsorge** führte Winnig in einem Vortrag den Kongreß am letzten Tage. Einige Hoffnungen, die im vorigen Jahre bei dem stärkeren Verlangen nach staatlicher oder kommunaler Arbeitslosenfürsorge bestanden, sind heute jäh zerstört. Den Wünschen der Scharfmacher ist die Reichsregierung gefolgt. Sie ließ durch ihren Vertreter bekennen, daß auf eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung nicht zu hoffen ist. Diesem schlechten Beispiel der Reichsregierung sind dann Einzelstaaten und viele Gemeinden gefolgt. So sind denn auch hier die Gewerkschaften auf ihre Kraft angewiesen. Den bisherigen kulturellen Fortschritt in sozialer Beziehung verdankt die Arbeiterklasse ihrer eigenen Kraft. Daher die Aufforderung des Referenten, nächst dem Kampf für das Koalitionsrecht den Gedanken der Arbeitslosenfürsorge zu verbreiten. Diese Aufforderung fand allseitige Zustimmung, und durch Annahme einer Entschliebung forderte der Kongreß dauernde Einrichtungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Abschwächung ihrer Wirkungen.

Das schwierige Gebiet des durch die Tarifverträge geschaffenen Arbeiterrechts bespricht Leipart in einem Referat über **gesetzliche Regelung der Tarifverträge**. Zum ersten Male ist dieses Thema, das eine reiche Literatur besonders bürgerlicher Sozialpolitiker hervor gebracht hat, öffentlich auf einem Gewerkschaftskongreß behandelt worden. Über die rechtliche Grundlage und die Wirkung der Tarifverträge gehen die Entscheidungen der Gewerbegerichte weit auseinander. Diesen unsicheren Rechtszustand zu beseitigen, hätten die Gewerkschaften gewiß allen Grund; einen besseren Rechtszustand aber durch gesetzliche Regelung der Tarifverträge herbeiführen zu wollen, muß in der jetzigen Zeit den Gewerkschaften recht bedenklich erscheinen. Deshalb wurde auch in der dazu angenommenen Entschliebung grundsätzlich gefordert, daß Behörden, Regierung und Unternehmer ihren Widerstand gegen die freie Entfaltung der Arbeiterorganisationen fallen lassen und alle Hemmnisse beseitigen müssen, die der Anerkennung der Gewerkschaften und damit der Entwicklung der Tarifverträge bisher entgegengesetzt worden sind.

Den Schluß der Tagesordnung bildete ein mit großer Aufmerksamkeit und mit Beifall aufgenommener Vortrag des Genossen Timm über den **Einfluß der Lebensmittelteuerung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse**. Die Pflicht der Gewerkschaften, einer weiteren Verteuerung der Lebensmittel entgegen zu wirken, wurde allseitig anerkannt.

Die durch Stimmzettel vorgenommene Wahl der Generalkommission ergab die Zusammensetzung der Generalkommission in bisheriger Form. Legien und Bauer wurden als Vorsitzende, Kube als Kassierer bestimmt. Von den außer den der Generalkommission bisher angehörigen sonst noch vorgeschlagenen Personen hatten nur Brey (Fabrikarbeiter) und Drunsel (der früher der Generalkommission angehört hat) ihre Kandidatur aufrecht erhalten. Beide erhielten eine nichtgenügende Stimmenzahl.

Mit einem markanten Schlußwort des Vorsitzenden hatte der Kongreß am Sonnabend, den 27. Juni, nachmittags, sein Ende erreicht. Die Delegierten sangen stehend den ersten Vers der Marseillaise.

## „Christlich - National“

oder:

### Der Deutsche Gärtner-Verband in seiner wahren Gestalt.

Der Deutsche Gärtner-Verband (abgekürzte Bezeichnung: D. G. V.) besteht nun nahezu 11 Jahre. Bei seiner, Ende Oktober 1903, erfolgten Gründung legte er besonderes Gewicht darauf, sich als „national“ zu bezeichnen und seine „Neutralität“, das heißt Unabhängigkeit von jeder Organisationsrichtung in der Arbeiterbewegung zu betonen. Dieses Unabhängigkeitsprogramm erwies sich aber sehr bald als verfehlt, und mit Beginn des Jahres 1906 suchte und fand der „nationale“ Verband Unterschlupf bei den christlichen Gewerkschaften. Seitdem ist er „national“ und „christlich“ zugleich, — obschon die Verbindung dieser beiden Begriffe den denkbar größten Widerspruch bedeutet, denn das Christentum (als Religionseinrichtung angesehen) war bekanntlich seit jeher international und ist dies seinem ganzen Wesen nach auch heute; alle Völker und Volksgemeinschaften gleichwertend, gleichliegend, gleichumfassend. Den sittlich-religiösen Inhalt des Christentums, dem Deutschen Gärtnerverbände einzuverleiben war nicht Absicht und Zweck dieses Vorganges.

Beide Bezeichnungen — sowohl „national“ als auch „christlich“ — sind immer nur Geschäftsreklamemarken gewesen. Nach „oben“ hin suchte man sich damit in den Geruch untertäniger Wohlverhaltens zu setzen und sich dadurch die Gunst und Geneigtheit der Mächtigen zu ergattern. Und in den Kreisen der Kollegen verbreitete man damit geflissentlich die Meinung, der andere Verband, — nämlich der Allgemeine Deutsche Gärtner-

## Unterhaltungsteil

### Wandern und Schauen.\*)

Unser Wandern soll mehr als ein bloßer Zeitvertreib, es soll eine Art Jugenderziehung, eine Art Jugendbildung sein. Daß dazu mehr gehört als ein paar gute Beine, eine Signalpfeife und ein Liederbuch, ist klar. Ich will natürlich nicht sagen, daß der Wanderführer den Fremdenführer spielen soll; alle Augenblicke mit „Hier, meine Herrschaften, dies! und hier, meine Herrschaften, das!“ stehen bleiben oder gar aus dem Baedeker vorlesen soll. Aber es tut mir in der Seele weh, wenn ich so manchmal ein Schaar jugendlicher durch die Landschaft traben sehe, wo tausend Dinge gern zu ihnen sprechen, mit ihnen plaudern möchten; aber man hat die Nase im Liederbuch und singt schon zum zwölftenmal am Tage, weil man nichts anderes kann, das Arbeitsmännerlied oder gar man läuft hinter Trommel und Flöte und dem „Kiek, Mutter, die Landwehr kommt!“ her.

Heißt das wirklich wandern?

Ich gebe zu, daß das „Schauen“ beim Wandern gelernt sein will und daß es für einen Führer recht schwer ist, hier erzieherisch zu wirken. Vor allem darf die Erziehung nicht mit möglichst plumphen Belehrungen abgetan werden. Einem solchen „Schulmeister“ laufen die Jungen davon. Am besten erzieht der, von dessen Erziehungsarbeit man nichts merkt. Unauffällig flicht man hier eine Bemerkung ins Gespräch, knüpft dort eine Frage an. Wenn das Interesse dann rege geworden ist, kommt das Gespräch von selbst in Gang. Die Hauptsache ist doch, daß man nicht so gedankenlos durch das Land tappst. Anregungen soll der Führer geben, den Geist beschäftigen.

Man wird mir einwenden, daß mit derartigen allgemeinen Redensarten gar nichts gesagt sei. Also nehmen wir ein konkretes Beispiel. Ich mache mit einer Horde eine Wanderung. Meine

Jungens singen. Dabei wandern wir im taufrischen Morgenwald, in dem Vögel und Bäume und Blumen gerade beim Aufwachen sind. Das Singen verbieten? Das ist nicht nötig! Aber ich mache den Nächsten auf irgendein Vogelzwitschern aufmerksam. Es gibt eine Debatte, was das für ein Vogel ist. Gut, suchen wir; und wir pürschen uns leise durch den Wald, alle Sinne gespannt. Der eine bemerkt dies, der andere das; wir beobachten den hämmern den Specht, einen Fuchs, der mit scheu seitwärts geneigtem Kopf im Gebüsch verschwindet, eine Eule, die mit lautem Gezänk abstreicht. Und kommen wir zur Straße zurück, dann ist übergenug Gesprächsstoff da, dann braucht es keinen „Schlager“ mehr, um die Langeweile zu vertreiben.

Eines der besten Mittel, Interesse bei Jugendlichen zu erwecken, ist, wenn man selbst Interesse kundgibt, indem man zum Beispiel sich über irgend etwas Notizen macht, etwa eine Grammatik abschreibt, mit ein paar Strichen eine eigenartige Haustür, eine Balkensetzung und dergleichen im Skizzenbuch festhält, sich mit Einheimischen in ein Gespräch einläßt u. a. m. Da machen alle die Häuse lang und wollen wissen, was los ist, und man braucht nur die Neugier in Wißbegier einzulenken. Sehr viele Anregungen gibt auch eine gute Karte, wie die Generalstabskarte (die übrigens jetzt durch jede unserer Parteibuchhandlungen, jedes Blatt zu 60 Pf. bezogen werden kann). Sie im Gelände zurechtfinden, Wege erkunden, Entfernungen schätzen und dergleichen — deshalb braucht man noch lange nicht sich Pfadfindermanieren anzueignen — das entfacht nach meinen Erfahrungen stets wahren Wetteifer.

Wo unterwegs Sehenswürdigkeiten sich finden, gehen wir natürlich nicht vorüber. Nur daß Sehenswürdigkeiten nicht immer im Baedeker verzeichnet zu stehen brauchen. Ein altehrwürdiger Dorfkirchhof, ein Hackwald, in dem gerade Eichenrinde gewonnen wird, eine Bauernküche, eine Heimarbeiterstube, eine trigonometrischer Punkt, der einen Überblick über das ganze Gelände gewährt — das sind schon alles Sehenswürdigkeiten, aus denen oft mehr Belehrung herausgeholt werden kann als aus vollgepfropften und unübersichtlichen Museen. Ich habe einmal auf einer mehrtägigen Wanderfahrt beiläufig auf Todessymbole und ihre Bedeutung auf alten Grabsteinen hingewiesen; in der Folge brachte ich

\*) Genehmigter Nachdruck aus dem Rundschreiben der Zentralstelle f. d. arbeitende Jugend Deutschlands (Fr. Ebert, Berlin SW, 68, Lindenstraße 3).

Verein — sei antinational (vaterlandsfeindlich) und antireligiös und antichristlich (religions- und christentumsfeindlich). Dies war der einzige Zweck der Übung. Denn eine andere Begründung, Kollegen vor den Beitritt zum Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein zu warnen und für den Eintritt in den christlich-nationalen oder national-christlichen Verband zu gewinnen, ließ sich schlechterdings nicht gut erfinden.

Wollte man auch nur einen Teil von dem, das die Agitatoren und Redner des D. G. V. im Namen des Christentums und im Namen des Nationalismus geredet und das dessen Zeitung geschrieben, dem wirklichen Christentum und dem wirklichen Nationalismus aufs Konto schreiben, beide hätten allen Grund, sich dieses ihres „Verteidigers“ gründlichst zu schämen. Wie die Worte, so die Taten. Echtes Pharisäertum ist es, das sich hier spreizt, gar nichts weiter. Und darum sprechen und schreiben wir die Worte „national“ und „christlich“, sobald sie auf den Deutschen Gärtnerverband Anwendung finden, auch immer nur in Gänsefüßchen. Wir meinen, ein jeder, dem das Christentum der Inbegriff hoher, heiliger Gefühlsregungen ist, muß es ablehnen, dieses in die profanen wirtschaftlichen Kämpfe unserer Zeit hineinzuwerfen. Er muß auch ebenso ablehnen, andere Kollegen der Volks- und Vaterlandsfeindlichkeit zu verdächtigen, wenn sie nicht bei jeder unpassenden Gelegenheit das nationale Banner entrollen, um sich damit als ganz besonders vaterlandsliebend zu empfehlen. Gewerkschaftliche Verbände sollen wirtschaftliche Kampforganisationen sein mit der einzigen Aufgabe, die Verhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in einen Zustand und eine Ordnung zu bringen, daß diese — gemessen an der heutigen Volkskultur — dem Ideal der Gerechtigkeit möglichst nahe kommen. Wirtschaftliche Kräfte sind es, die uns daniederhalten, und mit wirtschaftlichen Mitteln wollen wir uns kämpfend emporheben. An diesem Kampfe und seinem Fortgange haben wir alle dasselbe Interesse. Es wäre die unverzeihlichste Kraftvergeudung, wollten wir uns da nach Anschauungen über Religion und andere Dinge, die hier gar keine Rolle spielen, in verschiedenen Gruppen spalten und uns dieserhalb noch gegenseitig befehden oder gar einander die Köpfe einschlagen. Der von uns Arbeitnehmern zu führende Kampf ist zu ernst und zu schwer, als daß es zu verantworten wäre, auf diese und ähnliche Weise sich selbst die Kraft zu schwächen. Wenn es gelüftet, sich auf jenen Gebieten zu tummeln, der möge das in jenen Vereinen und Gemeinschaften tun, die für diese Zwecke außerhalb der Gewerkschaft bestehen. —

Diese Bemerkungen schicken wir den nachfolgenden Darlegungen für alle jene Kollegen voraus, die dem A. D. G. V. erst seit jüngerer Zeit als Mitglieder angehören, weil sie andernfalls manches nicht verstehen würden, zumal wir uns in der Allgemeinen

die Jungens an keinem Kirchhof mehr vorbei; wie ein Forschertrieb war es in ihnen erwacht.

Mit derlei Sachen muß sich ein Wanderführer vertraut machen. Er muß naturwissenschaftliche, geschichtliche, nationalökonomische, geographische Kenntnisse haben; er muß sozusagen ein Allwissender sein. Um ein solcher Erzieher zu werden, dazu gehört viel Arbeit. Angeflogen kommt's nicht. Es gibt bereits für unsere Führer ein Literaturverzeichnis; aber das soll man nicht allein in die Akten heften, man soll die angegebenen Bücher auch durchstudieren, die pädagogischen sowohl wie die fachlichen. Und man soll auch selbst sich eine Materialsammlung anlegen. Die Tagespresse, auch die gegnerische, enthält oft eine Unmenge von Notizen und Abhandlungen, die wir zweckmäßig für unsere Wanderungen verwenden können. Jeder Zeitungsausschnitt wird fein säuberlich auf Papier geklebt und das Ganze nach Orten oder nach dem Inhalt geordnet. Hat man Gelegenheit, Vorträge über das Wandergebiet in Heimatschutz- und ähnlichen Vereinen zu hören, so benutze man sie; sie werden gleichfalls eine Menge Anregungen geben. Man bekommt so schließlich eine Sammlung zustande, um die einen jede Redaktion beneiden kann. Ebendahinein gehören auch gute — aber nicht die schrecklichen bunten — Ansichtskarten, Pläne, Karten, Zeichnungen. Das alles kann man gelegentlich auf einer Wanderung bei einer Rast auskramen. Wenn auch die Rasten mehr der körperlichen und geistigen Erholung dienen sollen. Einige Lieder, Spiele, Vorlesungen wechseln da am besten miteinander ab.

Sehr anregend wirken auch im Wandergebiet selbst zusammengebrachte und im Jugendheim aufgestellte Sammlungen. Die brauchen nicht gleich wissenschaftlich einwandfrei zu sein, aber wenn nur der genaue Fundort von Versteinerungen, Mineralien, Pflanzen, Tieren angegeben ist, kann sie später ein Fachmann leicht bestimmen und einordnen.

Was auch für viele Fälle zu empfehlen ist: den Wanderungen kurze Vorträge — einige Tage zuvor — vorausgehen zu lassen oder etwas über das Wandergebiet vorzulesen.

Bietet sich die Gelegenheit, so sollten die Wanderführer eines Bezirks wenigstens ein- bis zweimal im Jahre zu einer Art Aus-

Deutschen Gärtner-Zeitung seit längerer Zeit mit dem Deutschen Gärtnerverbände nicht näher beschäftigt haben.

Wir haben uns mit dem christlich-nationalen Gärtnerverbände seit längerer Zeit nicht mehr beschäftigt, weil wir wichtigeres zu tun hatten. Wir erachten es als notwendiger, die Frühjahrszeit und die darauf folgenden Monate dazu auszunutzen, den Kollegen neue Vorteile in ihrem Arbeitsverhältnis zu erringen. Aber die Zeitung des christlich-nationalen Verbandes hat eben andere Aufgaben, und darum ist sie auch in dieser Zeit unablässig bemüht gewesen, ihre christliche Nächsten- und Feindesliebe durch Gehässigkeit und Niedertracht gegen den A. D. G. V. zu betätigen und unser Schweigen gegen diese Anywürfe obendrein noch so auszulegen, als wäre es das Schuldbewußtsein, das uns dazu bestimmt hat. Wir würden uns auch jetzt damit noch nicht herauslocken lassen, wenn wir nicht wüßten, daß es immer zahlreiche Kollegen gibt, die in ihrer Unerfahrenheit leicht geneigt sind, das Schweigen in gleichem Sinne zu deuten, wie jene Namen-Christen es als angemessen finden, dieses auszulegen.

So haben wir uns also entschlossen, den „christlichen“ Herrschaften auf ihre letzten Liebenswürdigkeiten in gedrängter Kürze zu antworten. Dieser Antwort schicken wir aber ein paar geschichtliche Rückblicke voraus, um den Rahmen zu zeigen, in den die ganzen Vorgänge hineingehören.

### 1. Der D. G. V. in seiner zahlenmäßigen Entwicklung.

„Nun ist voll das erste Tausend,  
So tönt es gewaltig brausend  
Durch die deutsche Gärtnerwelt.  
Daß bald voll das zweite Tausend!  
Dies sei unser nächstes Ziel.“

So dichtete der Geschäftsführer des D. G. V., Herr Carl Darmer, zu Anfang des Jahres 1914, und er besang so das „gewaltige Wachstum“ seines Verbandes. Einige Monate später waren es gar schon 1200 Mitglieder und dann, — — — hört man eine geraume Zeit überhaupt nichts mehr über die Mitgliederzahl. Nur so aus den verschiedenen Berichten in der Zeitung des D. G. V. liest man eine weitere Vermehrung der Zweigvereine und ein weiteres Erstarren des Verbandes heraus. In einem Bericht über die Gauversammlung in Rheinland-Westfalen steht beispielsweise zu lesen, daß der Gau um 300 Prozent in der Mitgliederzahl zugenommen habe. Das war 1907. Wenn es aber einmal darum handelte, diese Mitgliederzahlen auch mit Beweisen zu belegen, dann hüllte man sich in übergroßer Bescheidenheit in Schweigen.

Nach Jahr und Tag erst kam die Wahrheit ans Licht, und da ergab es sich nun, daß der D. G. V. in einer Weise (milde ausgedrückt) geflunkert hatte, die einfach staunen machte. Durch unsere fortgesetzte Kritik an diesem Gebaren sah sich die Verbandsleitung schließlich doch veranlaßt, mit bestimmten Zahlenangaben herauszurücken. Und da erfuhren wir nun, daß diese

bildungskursus vereinigt werden. Zwei bis drei Tage dürften dazu im allgemeinen genügen. Auf einer solchen mehrtägigen Musterwanderung müßte dann unter erfahrener Leitung sowohl der technische Wandertrieb praktisch geübt, vor allem aber müßte eingehend gezeigt, durch das Beispiel gezeigt werden, wie ein Wanderführer auch zugleich Erzieher sein kann. Erzieher aber muß er sein!

### Große Ernte.

(Nachdruck verboten.)

Es rattern die Maschinen  
Im wogenden Ährenmeer  
Und wälzen gleich Lawinen  
Die Garben schwer daher.

Die Knechte auf den Sitzen  
Summen gebeugt ein Lied;  
Indeß die Messer flitzen  
Und hoch die Sonne glüht.

Viel' emsig raffende Hände  
Neigen sich mit dem Haupt;  
Bald steht das ganze Gelände  
Ringsum wie leer geraubt.

Die Sonne reicht im Spähen  
Den letzten Segensstrahl.  
Es halten Tauben und Krähen  
Ein fröhliches Erntemahl.

In Tau und Wetterleuchten  
Rüsten die Schnitter zur Rast;  
Die Pferde wiehern, als scheuchten  
Sie eine müde Last —

Nur einer steht im Felde  
Allein wie Gott der Herr —  
Der zählt die Garben zu Gelde  
Und seufzt und lächelt schwer . . .

Zahlen sich seit 1906 wie folgt entwickelt hatte: 1906 = 670, 1907 = 756, 1908 = 793, 1909 = 733, 1910 = 770, 1911 = 801, 1912 = 819, 1913 = 939. Die Verhältnisse vor 1906 sind noch heute in mystisches Dunkel gehüllt. Doch auch die nachdem angegebenen Mitgliederzahlen waren und sind nur Pappierene, denn sie wurden bis zum Jahre 1912 überhaupt nicht mit den umgesetzten Wochenbeiträgen belegt. Erst in dem Jahresbericht für 1911 hieß es, daß der Markenumsatz „zirka 28 000“ betrage. 1912 waren es dann 28 687 und 1913 34 011. Wenn man weiß, daß ein Jahr 52 Wochen hat und daß jede Gewerkschaft, die beansprucht, bei ihren Angaben ernst genommen zu werden, auf ein Mitglied mindestens 40 Wochenmarken im Jahr rechnet (weil der Zu- und Abgang in Rechnung gestellt wird), so weiß man, was von diesen Zahlen zu halten ist. 34 011 Marken geteilt durch 40 Wochen ergibt nämlich nur 850 Mitglieder. Der D. G. V. stellt also große Anforderungen an die Leichtgläubigkeit seiner Mitglieder. Dazu gibt er noch an, daß am Jahresschluß 1913 die Mitgliederzahl sogar schon 1032 betragen habe.

Wie vorsichtig und mißtrauisch man den Angaben des D. G. V. gegenüber sein muß, das erkennt man auch aus den anderen Zahlen. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse des D. G. V. bezifferte sich von 1904 bis 1913 wie folgt: 7148, 9017, 6558, 7980, 8606, 8103, 9389, 11 475, 12 096, 13 626 Mk. Dabei wolle man bedenken, daß die Beiträge der Mitglieder in diesen Jahren fortgesetzt erhöht worden sind.

Noch kläglicher würde das Bild werden, wollten wir die Leistungen des D. G. V. im Verhältnis zu den angegebenen Mitgliederzahlen vergleichen, da würden wir nämlich finden, daß an Arbeitslosen- und anderen Unterstützungen, mit denen der D. G. V. immer so gern in seinen Flugblättern prunkt, eine so jämmerliche Summe ausgegeben wird, daß sich damit selbst mittlere Ortsverwaltungen des A. D. G. V. messen können. Der Löwenanteil der Ausgaben des D. G. V. entfällt auf das Gehalt seiner beiden Beamten, auf Zeitung, Verwaltung und Verschiedenes.

Würde der D. G. V. für Arbeitskämpfe, Fachbildung und Unterstützungen pro Jahr und Mitglied auch nur annähernd soviel leisten wie der A. D. G. V. leistet, so hätte er längst pleite machen müssen; so aber begnügt er sich mit den bloßen Zahlen auf dem Papier, und Papier ist ja sehr geduldig. Der staunende Leser aber wird, wenn er nicht einmal die Kehrseite der Medaille zu sehen bekommt, von den „christlichen“ Redensarten, wie man sagt, besoffen gemacht; er staunt über die ungeheure Machtfülle, die sich unter dem Titel D. G. V. verbirgt und läuft ihm letzten Endes nach, um dann bei der ersten Gelegenheit einzusehen, daß er sich verrannt hat.

So kommt es auch, daß das fortwährende Kommen und Gehen der Mitglieder im D. G. V. so ungeheuer groß ist. Nahe an 10 000 Kollegen hat der D. G. V. seit seinem Bestehen in seinen Reihen aufgenommen; das sind jedes Jahr fast 1000. Und was ist davon jedesmal übrig geblieben? Die eigenen Mitgliederzahlenangaben geben die Antwort. Das läßt tief bläsen und auf die angebliche Überzeugung schließen, mit welcher der D. G. V. immer bei seinen Mitgliedern so gern prunkt. Man kann daran erkennen, auf welche Art die Kollegen „gewonnen“ werden, die bei der ersten besten Gelegenheit einer Organisation wieder den Rücken kehren. Wenn wir die Hilfsmittel (auf die wir später noch zu sprechen kommen) in Betracht ziehen, die dem D. G. V. zur Verfügung stehen, um Mitglieder zu werben, dann muß jeder sagen: Das Ergebnis dieser nun bald einjährigen Organisationsarbeit ist ein äußerst klägliches.

Wenden wir uns nun einem andern Kapitel zu, das noch trauriger ist als das erste.

## 2. Der D. G. V. als Unternehmerknecht.

„Die Hauptsache bleibt zurzeit, daß für den neuen Verband, dem wir, es sei nochmals gesagt, sympatisch gegenüberstehen, kräftig agitiert wird. Auch die Prinzipalität hat ausschließlich an seinem Erstarken ein Interesse.“

Das waren die Begleitworte, wir möchten sagen es war die Patenrede, die bei der Gründung des D. G. V. gehalten wurde. Von wem? — Es war das Fachblatt „Der Handelsgärtner“, das damals so schrieb, ein ausgesprochenes Scharfmacherorgan, das auch von dem allergeringsten Mitbestimmungsrecht der Gehilfen nichts wissen wollte. Es ist eigentlich überflüssig zu sagen, daß der D. G. V. sich für die Folge dieses Vertrauens für würdig erwiesen hat und daß er die Rolle ausgezeichnet spielte, die die Scharfmacher ihm zuwiesen. Daran kann auch die Tatsache nichts mehr ändern, daß der D. G. V. heute versucht, seinen 1905 und 1906 getriebenen Verrat nun selber zu verurteilen; denn ein gleiches kann sich auch heuer wiederholen, wenn auch in anderer Form, nur wird es wahrscheinlich nicht mehr in so plumper Weise geschehen. Es muß nur eine günstige Gelegenheit geboten werden, und auf solche hält man unausgesetzt Ausschau.

Die Jahre 1905 und 1906 sind ein Schandblatt in der Geschichte des D. G. V., frivol und gemeiner ist wohl selten ein Streikbruch verübt worden als der des D. G. V. bei der Lohnbewegung und dem Streik der Kollegen in der Berliner Han-

delsgärtnerei 1905—1906. Einen Verrat vonseiten einzelner Kollegen kann man verstehen, aber einen organisierten, planmäßigen Verrat an seinen Berufskollegen, wie er damals getrieben wurde, kann man nur verachten. Der D. G. V. suchte bei dem Streik unserer Kollegen 1906 in Berlin in Gemeinschaft mit den Unternehmern durch Inserate die notwendigen Streikbrecher heranzuziehen; ein gemeinschaftliches Streikbrecherbüro wurde gebildet, dessen Unkosten die Unternehmer trugen. Die Polizei wurde auf unsere Streikposten gehetzt, so daß letztere verhaftet wurden, und den ankommenden Streikbrechern wurde so die beste Gelegenheit geboten, in die Betriebe hineinzukommen, sofern sie nicht mit Autos und Droschken hineingefahren wurden. Das alles geschah, weil die 60 bis 80 Mitglieder des D. G. V. in Berlin mit den dortigen Handelsgärtnern einen „Tarif“ abgeschlossen hatten, der einen Mindestlohn von 1,6,20 Mk. die Woche vorsah, dem sich unsere Kollegen aber nicht beugen wollten, weil der wirkliche Lohn schon vordem — höher war. Durch den Streikbruch wurden die kämpfenden Kollegen aber um die Früchte ihres Kampfes gebracht!

Damit nicht genug. Unsere aufwärts strebenden Hamburger Kollegen waren den Unternehmern und den Christen ein Dorn im Auge. Was lag darum näher, als daß beide sich gegen uns verbanden und einen „paritätischen Arbeitsnachweis für Hamburg und Umgebung“ ins Leben riefen, dessen Leitung der D. G. V. besorgen sollte, obwohl dieser damals — sage und schreibe — drei Mitglieder in seiner Zahlstelle Hamburg hatte!

Fast dasselbe Manöver wurde in Frankfurt a. M. gemacht. Alle beide jedoch mit dem Erfolg, daß sie schnell ein sang- und klangloses Ende nahmen.

Als 1907 in Rheinland-Westfalen die Gärtner-„Christen“ etwas ähnliches anzubahnen suchten, lehnten die Unternehmer dankend ab, denn man hatte schon erkannt, daß der D. G. V. zu wenig leistungsfähig war.

Trotz aller üblen Erfahrungen mit dem Streikbruch (das Ansehen und die Zahl des D. G. V. hatte nämlich durch den Berliner Verrat einen argen Stoß erhalten) versuchten die „Christlichen“ doch noch einmal, in Düsseldorf 1907, den Unternehmern Handlungsdienste zu leisten. Der A. D. G. V. führte hier eine Lohnbewegung, die in einen Streik auslief, um 42 Pfg. die Stunde für die Landschaftler. Die Christlichen waren daran nicht beteiligt, weil in Düsseldorf nicht vorhanden. Was geschieht? Die Unternehmer erhalten so hinten herum ein Angebot zur Lieferung von 100 Arbeitswilligen, das auch höchstwahrscheinlich zur Ausführung gekommen sein würde, wenn vonseiten des A. D. G. V. nicht beizeiten Krach geschlagen worden wäre. Nun ließ man die Finger davon, und unser Streik kam durch.

So stärkte man den gehilfen- und fortschrittsfeindlichen Unternehmern den Rücken und spielte mit den Interessen der Kollegen Schindluder. Keine Gelegenheit ließ man vorübergehen, um sich den Unternehmern anzubiedern, und ein Versammlungsbericht vom 10. Februar 1907 im „Handelsgärtner“ aus Gelsenkirchen sagt:

„Weiterhin nahm dann der Geschäftsführer des nationalen Gärtner-Verbandes, Banner-Essen, das Wort und wies mit Entrüstung die Behauptung der Handelsgärtner zurück, daß ein Streik geplant würde.“

Sollen wir sagen, daß durch solches Verhalten einer Organisation, die da vorgab, die Interessen der Gehilfen zu vertreten, die Gehilfen ganz enorm geschädigt wurden? Das wird jeder selbst ermessen können. Aber auch der D. G. V. hatte den Schaden, er ging den Krebsgang, und darum versuchte man es nun anders. Der D. G. V. schlug nun in seiner Zeitung radikalere Töne an und wollte sich damit wieder in die Gunst der Kollegen setzen. Doch auch dieses Manöver mißlang, denn die Kollegen sagten sich, und das mit vollem Recht: dann haben wir keine Ursache, uns einer besonderen „christlichen“ Organisation anzuschließen, wenn diese dasselbe will wie der A. D. G. V.

Die Mitgliederzahl ging nicht vorwärts, weil nicht nur das Vertrauen der Kollegen vollends geschwunden war, sondern weil schließlich auch die Helferdienste der Unternehmer versagten. Es mußte deshalb abermals der Kurs geändert werden. Herr Banner hatte sich mit seinem „Radikalismus“ in einer Sackgasse verrannt und mußte darum abgesetzt werden. Es galt, wieder ruppiger gegen den A. D. G. V. und liebevoller gegen die Unternehmer zu werden! Herr Banner wurde möglichst schmerzlos von der Leitung beseitigt, und an seine Stelle kam am 1. April 1913 Herr Hülser, der seinen Befähigungsnachweis für den neuen Zickzackkurs schon im Dezember 1912 (in Nr. 24 der christlichen Gärtnerzeitung) in einem Leitartikel erbracht hatte, der sich „Alles ein Gemüse?“ betitelt. Auf drei und einer halben Seite wird da der D. G. V. den Unternehmern in empfindlicher Erinnerung gebracht, und der A. D. G. V. wird in einer Weise behandelt, daß kein Hund ein Stück Brot mehr von ihm nimmt. Dieser Schmähartikel gegen den A. D. G. V. leistet sich unter anderen Gemeinheiten auch folgende Anwürfe:

„Die roten Gewerkschaften, also auch die rote Gärtnerfiliale A. D. G. V., erstreben letzten Endes genau wie die sozialdemokratische Partei die Abschaffung des Privateigentums und Überführung der Produktionsmittel in Staatsbesitz. Also mit

andern Worten: Abschaffung des privaten Unternehmertums, der Arbeitgeber. Sie stehen deshalb auf dem Boden des Klassenkampfes, des Kampfes der Arbeiterklasse zur Unterjochung der Arbeitgeberklasse. Die Erlangung der Gleichberechtigung, also auch Tarifverträge sind nur eine Station auf diesem Wege. Das Darüberhinausgehen ist nur eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Macht. Sie gehen heute noch nicht weiter, weil sie wissen, daß ihnen dazu noch die Macht fehlt und — — weil die christlich-nationalen Gewerkschaften dem noch im Wege stehen.“

Dann kommt eine Belehrung für die Arbeitgeber, für den Fall, daß diese noch nicht klug wurden, und es heißt, nachdem man den D. G. V. bis zum Erbrechen angepriesen hat, weiter:

„Woran es unsern Arbeitgebern noch mangelt, und was wir bei ihnen ganz allgemein vermissen, das ist eine gerechte Bewertung der besonderen Bedeutung der christlich-nationalen Gehilfenbewegung für die Entwicklung unseres Berufes. Die Erfahrungen der Arbeitgeber in andern, besonders in den Berufen, wo es eine christliche Arbeiterorganisation nicht gibt, sollte unsern Arbeitgebern eine Lehre sein. — — — Nach unsern Ausführungen sollte nun aber ebenso klar feststehen, daß angesichts dieser nicht abzuwendenden Tatsache (nämlich der, daß der A. D. G. V. groß und der D. G. V. klein ist, D. R.) die Arbeitgeber ein unbedingtes Interesse daran haben, ihre Gehilfen, oder doch möglichst einen großen Teil derselben nicht rot sonder christlich-national organisiert zu sehen.“

Wie sagte doch 1904 „Der Handelsgärtner“?: „Auch die Prinzipalität hat schließlich am Erstarken des D. G. V. ein Interesse!“ Herr Hülser bringt das hier demselben Sinne nach den Unternehmern wieder in Erinnerung.

Aber damit nicht genug. Auch die Privatgärtner werden gegen den A. D. G. V. mobil gemacht. Hülser wendet sich in der Zeitung Nr. 26 (1912) auch an den Verband Deutscher Privatgärtner (abgekürzt: V. D. P.), buhlt um dessen Gunst und kommt dann zu folgender Ermahnung:

„Gewiß, die selbständige Privatgärtnerorganisation ist da und wird bleiben für absehbare Zeit. Aber wie ist es mit der Zukunft, dem Nachwuchs? Das sind doch die Gärtnergehilfen. Und der V. D. P. ist doch eine streng nationale Organisation! In der Gehilfenschaft gewinnt aber von Jahr zu Jahr die anti-nationale Sozialdemokratie an Boden. Sozialdemokratisch erzogene Privatgärtner sind doch wohl kein geeigneter Nachwuchs für den V. D. P., wenn anders er nicht will, daß eines Tages auf seinem Hanse die streng nationale Firma heruntergeholt und die rote Fahne aufgehißt wird. Im wohlverstandenen eignen Interesse geht den V. D. P. unser Deutscher Gärtner-Verband doch wohl etwas mehr an, als man es dort an leitender Stelle heute gern wahr haben will.“

Auf diese Weise sollten Privatgärtner und Unternehmer zuerst einmal gegen den A. D. G. V. ordentlich scharf gemacht werden; man hielt ihnen ihren eignen Ruin vor Augen, wenn das Wachstum der „Roten“ so weiter ginge. Andere Zeitungsartikel und Flugblätter auf denselben Ton gestimmt taten in der Folge noch das übrige. Der Dank blieb dann auch nicht aus. Auf der Wanderversammlung des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands in Breslau 1913 (Gartenbauwoche) referierte ein Herr Bernstiel aus Bornstedt bei Potsdam über die Arbeitnehmerorganisationen, und er sagte dort unter anderem:

„Jetzt hat sich der A. D. G. V. stark herausgemauert. (Soll heißen: an Mitgliedern zugenommen. Der A. D. G. V. steigerte seine Mitgliederzahl von 1904 bis 1913 von 2808 auf 7728.) Die christliche Absonderung sei leider zu schwach geblieben, um diese Entwicklung aufzuhalten. Wir wünschen, daß der christliche Verband wenigstens in Zukunft wächst...“

Herr Bernstiel ist Hauptvorstandsmitglied im V. d. H. D. und Gärtnerbesitzer. In derselben Woche, als er seinen Kollegen den D. G. V. in dieser warmen Weise empfahl, suchte er im Allgemeinen Samen- und Pflanzenanzeiger für seine Gärtnerei einen Gehilfen für 25 Mk. den Monat und freie Station. Weiteres zu sagen erübrigt sich da wohl.

Dieses ist die Taktik des Tages im D. G. V. Wohin diese führt, werden wir in den nächsten Jahren erleben, zumal, wenn es auf dieser abschüssigen Bahn immer weiter geht und die eigenen Mitglieder des D. G. V. dieser Entwicklung kein energisches Halt entgegenrufen, so daß die Verbandsleitung schließlich doch einsehen lernt, daß sie nicht die Interessen der Arbeitgeber, sondern die der Gehilfen wahrzunehmen hat.

## Gemeindegärtnerei

Köln a. Rh. Ein Zusammenstoß zwischen Gärtnern und Stadtverwaltung. Die städtischen Gärtner waren am 19. Juni zu einer Versammlung zusammengekommen, um den Bericht des Arbeiterausschusses über die Verhandlungen mit der Gartenverwaltung bezüglich der gestellten Anträge entgegenzunehmen. Die Anträge gingen dahin, daß die durch

den Aufsichtsdienst entstehenden Überstunden mit einem Zuschlag zum Stundenlohn zu bezahlen seien, daß den im Freien tätigen Gärtnern wasserdichte Kleidung zur Verfügung gestellt, und daß allen auswärtig Arbeitenden eine Zulage zum Lohn gewährt werde. Außerdem war ein Antrag gestellt, die Verwaltung möge mehr Arbeiter in eine bessere Lohnklasse, die der Vorarbeiter befördern. Diese Anträge sind nun alle von dem Direktor der Gartenverwaltung, Herrn Enke, glatt abgelehnt worden. In der erwähnten Versammlung wurde von allen Seiten die Berechtigung der gestellten Anträge betont und deren Annahme durch die Gartenverwaltung gefordert. Von den geladenen Stadtverordneten (Zentr. u. Natf.) war keiner erschienen, sie entschuldigten sich mit anderweitiger Beschäftigung! Der soz.-dem. Stadtverordnete Orth, Mitgl. d. Sozialpolit. Kommission, erklärte zu den Ausführungen, er habe bisher geglaubt, die Direktion der Gartenverwaltung sei in sozialpolitischer Hinsicht nicht die schlimmste, nach den in der Versammlung gehörten Äußerungen müsse er aber seine Meinung darüber revidieren. Er werde jedenfalls dafür wirken, daß die berechtigten Wünsche der Gärtner zur Annahme gelangten. In der weiteren Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß das, was die Gärtner forderten, in den andern städt. Betrieben längst eingeführt sei. Einstimmig wurde dann folgende Entschliebung angenommen:

„Die Versammlung städtischer Gärtner und Gartenarbeiter verurteilt ganz entschieden den ablehnenden Standpunkt der städtischen Gartenverwaltung gegenüber den durch den Arbeiterausschuß vorgetragene berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft. Die Versammelten erwarten besonders, daß die Bezahlung der durch den Aufsichtsdienst entstehenden Überstunden mit Prozentzuschlag, ebenso die Bezahlung bei Abkommandierung in einen Bezirk so gehandhabt wird, wie in andern städtischen Betrieben und wie es in den diesbezüglichen Bestimmungen vorgesehen ist. Die Versammelten versprechen, einig und geschlossen für die Erledigung der angeführten berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft eintreten zu wollen, und erwarten im Interesse des Friedens, daß die Stadtverwaltung die einzelnen Betriebe anweist, der Arbeiterschaft in Zukunft nach dieser Richtung hin mehr Entgegenkommen zu zeigen.“

## Lehrlings- u. Bildungswesen

### Der Nachwuchs.

Die Jugend sei die Zukunft des Volkes, sagt man oft. Gewiß, doch die Jugend, wie sie heute nach offiziellem Maßstabe erzogen wird, stellt nie die Zukunft in des Wortes schönstem Sinne dar. In „Zukunft“ steckt ein Entwicklungswert, etwas Neues, Besseres. Unsere Jugend aber wird nach der staatlich sanktionierten Erziehung zu Hütern des alten, morschen Lebensbegriffes erzogen und nicht zu zukunftsreichen Wahrheitsuchern und nach neuen Idealen ringenden Menschen. Der Egoismus der alten, vom kapitalistischen Geiste durchseuchten Menschen möchte die Jugend sich nicht zu neuen Wahrheiten, nicht zu neuen Formen entwickeln lassen. Darum sind sie bedacht, wo es nur geht, der Jugend ihre schöne Eigenart zu rauben, das Revolutionierende, Schaffensfreudige, Aufwärtsdrängende, und wir haben eine Jugend, ohne Glut und Feuer, ohne Leidenschaft und Begeisterung. Denn all diese Worte können sich bei der Jugend nur richten auf etwas, das ihrer Art entspricht, auf etwas Neues, Werdendes.

Die freie Gewerkschaftsbewegung aber ist es, die die Jugend zu dem erziehen kann, was sie sein soll, zu Trägern einer neuen Zeit. Der gewerkschaftliche Gedanke führt das Stürmende und Drängende in den jugendlichen Herzen neuen, hohen Idealen zu, statt sie künstlich zu Hütern einer alten Welt zu machen. Wir wollen nicht am Alten hängen bleiben, wir wollen wirtschaftlich frei werden, um so ein Leben führen zu können in Schönheit und Glück.

Welch hohes, ideales Ziel unser gewerkschaftlicher Kampf erstrebt. Wir wollen wirklich eine Zukunft und zwar eine Zukunft, wie sie reicher an geistigen und sittlichen Werten nicht möglich ist. Das ist wahrlich ein Ideal, das dem jugendlichen Stürmen und Drängen gerecht wird. Unser Ideal vermag ein jugendliches Herz zu erwärmen und zu erfreuen, und darum müssen wir vor allem bedacht sein, in unserem Berufe den jugendlichen Nachwuchs unserer Idee zuzuführen. Das jugendliche Herz ist aufnahme- und begeisterungsfähig, und je eher wir es unserem Kampfe zuführen, um so freudiger und glühender erkennt es, daß in unserer Bewegung, und allein in ihr, die Wahrheit steckt und das lachende Leben, und wir bilden so unserer Kämpferschar einen Nachwuchs,

der in leidenschaftlicher Begeisterung und stolzer Siegeszuversicht unentwegt für unser Ziel kämpfen wird. So haben wir den besten Teil der Jugend, den schönsten Teil des Volkes auf unserer Seite, und damit ist uns der Erfolg unseres Kampfes unzweifelhaft.

### Lehrlingszüchtereien.

Zwei Lehrlinge auf einmal suchten: E. Brasch, Handelsgärtner in Plau i. M. (Röst. Anz., 5. 2. 14); Herrschaftsgärtner Albert Valentin in Gr.-Schellenberg bei Gerdauen i. Ostpr. (Lehrmeister i. Garten- u. Kleintierhof, 21. 6. 14); Handelsgärtner F. Jedele in Eilingen (Lehrmeister i. G. u. Kl., 21. 6. 14); Handelsgärtner R. Haedecke in Culmsee, Westpr. (Lehrmeister i. G. u. Kl., 5. 4. 14); Handelsgärtner A. Woiski in Zempelburg (Graud. Gesell., 22. 4. 14); Hölftges Gartenbeaubetrieb, Ratzebuhr i. Pom. (Graud. Ges., 26. 4. 14); Handelsgärtner Hugo Günther, Briesen i. Westpr. (Graud. Gesell., 31. 5. 14).

### Der Zweck der Übung.

Durch die Tagespresse ging kürzlich ein Bericht über eine ganz empörende Lehrlingszüchtereie. Der Maschinenfabrikant Fitze aus Saarbrücken hatte 38 jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren, die bei ihm als Lehrlinge beschäftigt sind, nicht zur Fortbildungsschule gehen lassen. Er wurde deshalb wegen Übertretung des § 120 der Gewerbeordnung und des Ortsstatuts der Stadt Saarbrücken angeklagt. Der Angeklagte berief sich auf eine Bestimmung des Ortsstatuts, wonach nicht handwerksmäßig beschäftigte reine Fabrikarbeiter von der Schulpflicht befreit sind. Seine Lehrlinge, für die übrigens eine dreijährige Lehrzeit vereinbart ist, würden nicht handwerksmäßig beschäftigt. Dann erklärte er: Die Frage, ob er verpflichtet sei, die fraglichen Jugendlichen in die Fortbildungsschule zu schicken, sei für ihn wichtig. **Er habe so viele jugendliche Arbeiter hauptsächlich deshalb, um Arbeitslöhne zu sparen. Wenn er sie alle in die Fortbildungsschule schicken müßte, dann würde das für ihn jährlich einen Verlust von 30 000 Mk. bedeuten.**

Das Landgericht in Saarbrücken verurteilte den Angeklagten zu der niedrigen Geldstrafe von 20 Mk.

Der erste Senat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg verwarf dieser Tage die Revision des Angeklagten. Begründend wurde ausgeführt: Die Anwendbarkeit des Ortsstatuts sei ohne Rechtsirrtum angenommen worden. Höchst charakteristisch sei es, daß sich der Angeklagte selbst kühn zur sogenannten **Lehrlingszüchtereie** bekenne und sage, er nehme die vielen jugendlichen Arbeiter, um Löhne zu sparen, und er würde 30 000 Mk. einbüßen, wenn er sie alle in die Fortbildungsschule schicke. **Das sei für wahr ein krasses Eingeständnis, daß er seine Pflichten als Lehrherr in schlimmster Weise verletzt habe.** — An dem geringen Strafmaß könne der Senat leider nichts ändern.

Betreiben die Lehrlingszüchter in unserm Berufe die Beschäftigung von „Lehrlingen“ aus andern Beweggründen als dieser Fabrikant Fitze? Halten unsere Lehrlingszüchter ihre jungen Leute aus anderen Beweggründen von der Fortbildungsschule fern als Herr Fitze? Erwerbssucht, ganz gemeine Erwerbssucht ist die Wurzel aller Lehrlingszüchtereie.

### Verschlechtert sich unser Lehrlingsmaterial?

In Gärtnereiunternehmerkreisen wird schon seit Jahren darüber geklagt, daß es sehr schwer halte, „noch die erforderliche Anzahl von Lehrlingen zu bekommen“. Bei dem ungenügenden Angebot sei man gezwungen, anzunehmen, was man eben kriegt; das heißt auch solche jungen Leute, die über eine recht mangelhafte Schulbildung und über geringere geistige Fähigkeiten verfügen. Ob daran etwas Wahres ist? Folgende beiden Umstände geben Anlaß, in dieser Richtung nachzudenken:

Vor etwa drei Monaten hielten die mecklenburgischen Handels- und Privatgärtner eine gemeinsame Versammlung ab und beschlossen in dieser, eine Fachprüfung für solche Gärtner einzurichten, die sich um eine Stellung als selbständiger Herrschaftsgärtner zu bewerben gedenken. In dem Bericht über die gefaßten Beschlüsse heißt es nun u. a.: „Schriftliche Prüfungen finden mit Rücksicht auf die mangelhafte Schulbildung mancher Gärtner nicht statt“. Und in einem Versammlungsbericht der Gruppe Köln des V. d. H. D., vom 26. April d. J., wird mitgeteilt, Direktor Uhrmann habe in dieser Versammlung einen Vortrag gehalten über die Organisation der Fortbildungsschulen im allgemeinen und die Kölner Gärtnerfachklasse im besonderen. Wörtlich habe der Herr Vortragende u. a. gesagt: „Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß die Gärtnerlehrlinge nicht gerade die intelligentesten sind. Es ist deshalb zu empfehlen, bei Auswahl der Lehrlinge etwas vorsichtiger zu sein.“

Das sind nur zwei Beispiele. In Beziehung auf Mecklenburg könnte man etwas leichter darüber hinweggehen, denn dort ist das Volksschulwesen ja bekanntermaßen noch am weitesten zurück und

fällt darum die anerkannte Erscheinung nicht besonders auf. Aber Köln a. Rh.! Das gibt mehr zu denken.

Als in den Jahren 1903 und 1904 der A. D. G. V. mit den freien Gewerkschaften Fühlung nahm, da wurde uns von Referenten aus anderen Berufsverbänden recht häufig gesagt, wir könnten auf das Menschenmaterial, das wir zu organisieren haben, stolz sein, denn in der Gärtnergehilfenschaft sei eine Intelligenz zu finden wie selten in einem Berufe. Und zuweilen hört man ähnliche Aussprüche auch heute noch. Die oben mitgeteilten anders lautenden Äußerungen deuten aber darauf hin, daß wir uns gegenwärtig in einer abwärts führenden Richtung befinden. Kann man sich darüber wundern? Die Kenntnis von der schlechten wirtschaftlichen Lage der Gärtnergehilfen hat sich in den beiden letzten Jahrzehnten in fortgesetzt weiteren Volkskreisen verbreitet. Und diese Kenntnis eben bestimmt nun viele Eltern und Vormünder, ihre Jungen vom Gärtnerberufe zurückzuhalten. Dadurch vermindert sich vor allem der Zustrom der Intelligenzen.

Im übrigen brauchte aber diese Entwicklung nicht so schnell vor sich zu gehen, wenn wir nicht noch immer die sinnlose Lehrlingszüchtereie hätten. Man unterbinde diese, stelle also weniger Lehrlinge ein, vermittele diesen auch einen guten zweckdienlichen theoretischen Unterricht und halte die älteren Gehilfen durch bessere Bezahlung beim Beruf fest, — und die Klagen wegen geringer Intelligenz und ungenügender Schulbildung werden zurückgehen und verschwinden. Ein von uns schon immer empfohlenes Rezept. Im Lehrlingswesen liegen die Wurzeln der meisten Berufsübel.

### Gärtnerisches Fortbildungswesen in der Rheinprovinz.

Wie die „Rhein. Monatsschrift für Obst-, Garten- und Gemüsebau“ mitteilt, hat auf Antrag des Ausschusses für Gärtnerei der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz in seiner Sitzung am 1. April 1914 für das gärtnerische Bildungswesen folgende Grundsätze aufgestellt:

- Für die Lehrlinge ist der Fortbildungsunterricht zu erstreben, als dessen Träger in erster Linie die Gemeinden in Frage kommen. In größeren Gemeinden sind der Fortbildungsschule gärtnerische Fachschulen anzugliedern. Der obligatorische Fortbildungsunterricht ist als Endziel ins Auge zu fassen.
- Für die Gehilfen ist die Winterschule als geeignetes Schulsystem anzustreben, und die Lösung entweder in der Errichtung reiner Gärtnerwinterschulen oder in der Angliederung von Gärtnerklassen an landwirtschaftliche Winterschulen zu suchen, deren Träger die Landwirtschaftskammer ist.

### Errichtung einer Fortbildungsschule für Gärtner in Oldenburg.

In der Landwirtschaftskammer für das Großherz. Oldenburg nahm sich der Baumschulbesitzer Kraatz-Rastede dieser Angelegenheit mit warmen Worten an und führte aus, daß der Sonderausschuß für Obst- und Gartenbau in seiner Sitzung vom 4. Februar 1913 die Errichtung einer Winterschule für Gärtner anstrebe. Der erste Schritt zur Verwirklichung des Planes sei die versuchsweise Einrichtung eines vierwöchigen Fortbildungsschulkurses für Gärtner. Der Unterricht soll auf die Monate November und Dezember gelegt werden und sich auf Düngerlehre, Bodenbearbeitung, Grundzüge des kaufmännischen Rechnens und der Buchführung, allgemeine Betriebslehre, Obst- und Baumschulbetrieb erstrecken. Die Kosten der Schule sind auf etwa 1800 Mk. veranschlagt. An dem Unterricht sollen Angestellte bis zu 21 Jahren teilnehmen.

## Ausland

### Österreich.

### Hand in Hand mit unsern Arbeitgebern und ohne „Politik“.

(Fortsetzung.)

#### III.

Haben wir uns endlich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Tätigkeit aller Vereinigungen, die nach „oben“ Liebkind sein und bleiben wollen, mit Naturnotwendigkeit erfolglos bleiben muß, haben wir erkannt, daß nur eine Kampforganisation uns helfen kann, weil das Interesse des Arbeitgebers eben ein anderes ist, als jenes des Arbeitnehmers, und weil hier nicht „Einsicht“ sondern einfach das Recht des Stärkeren entscheidet, so wirft sich von selbst die Frage auf, ob denn in unserm Beruf überhaupt die Voraussetzungen für eine solche Kampforganisation gegeben sind; denn zur Führung eines Kampfes gehört noch mehr, als die Erkenntnis von der Notwendigkeit desselben; dazu gehört vor allem anderen Mut und Selbstvertrauen.

Aber gerade damit sieht es bei unseren Kollegen sehr traurig aus. „Wir können nicht so, wie die anderen, bei uns nützt alles nichts.“ Diese Redensart bekommt man von ihnen immer wieder zu hören.

Die Hoffnungslosigkeit, die sich darin ausdrückt, entspringt aber derselben Ursache wie der Glaube an die Hilfe von „oben“, nämlich der **vollständigen Verkenning der wirklichen Verhältnisse.**

Woher kommt es nun, daß sich gerade in den Kreisen unserer Kollegen die Erkenntnis so schwer Bahn bricht? Sind sie etwa schon von Natur aus mit Blindheit geschlagen?

So steht die Sache glücklicherweise denn doch nicht. Die Hauptursache dieser unerfreulichen Erscheinung ist vielmehr darin zu suchen, daß ein großer Teil unserer Kollegen heute noch in Privatstellung seinen Lebensunterhalt verdient. Dadurch ist auch der verhängnisvolle, weil alle Tatkraft lähmende, Glaube entstanden, daß die Gärtnerei kein „notwendiger“ Beruf, sondern nur ein „Luxus“ sei.

Fragen wir uns doch zunächst einmal, was denn „Luxus“ eigentlich ist und wo die Grenze zwischen „Luxus“ und „Bedürfnis“ zu suchen ist.

Vor allem müssen wir essen und trinken, um überhaupt leben zu können. Darum „muß“ es z. B. Bäcker, Fleischhauer, Müller und schließlich Bauern geben; es „muß“ Wirte, Kellner und Köchinnen geben.

Wir brauchen Kleider und Schuhe, wir brauchen Wohnungen; folglich „muß“ es Schneider, Schuhmacher, Maurer, Zimmerer, Tischler, Glaser, Installateure, Tapezierer usw. geben.

Wer etwa über die Notwendigkeit obengenannter Berufe Zweifel äußern würde, käme sehr leicht in den Verdacht, „um ein Radel zu viel oder zu wenig“ zu haben.

Wir brauchen nun gar nicht erst zu den Kongonegern, bei denen alle diese Berufe nicht existieren, und die trotzdem leben, zu reisen, um einzusehen, daß es mit den „notwendigen“ Berufen eine eigene Bewandnis hat.

Es gibt heute noch, auch in zivilisierten Ländern, entlegene Dörfer genug, wo nicht nur Installateure und Tapezierer, sondern selbst Bäcker und Fleischhauer der reinste Luxus wären, wo die Maurer verhungern könnten, weil die Bewohner in selbstverfertigten, strohgedeckten Lehmhütten hausen, sich ihr Brot selber backen, sich entweder einiges Schlachtvieh selber halten, dessen Fleisch sie im eigenen Hause verbrauchen — oder überhaupt kein Fleisch essen. — Auch die Schneider würden dort ein sehr schlechtes Geschäft machen, da die besseren Kleider nicht nur fast das ganze Leben lang getragen werden, sondern sich häufig genug auch noch in der Familie forterben.

Dem Bewohner eines solchen Dorfes wird die Arbeiterwohnung in irgend einer großstädtischen Zinskaserne, der Aufwand eines Industriearbeiters an Kleidern und Schuhen als unerhörter Luxus erscheinen.

Der gebildete, in guten Verhältnissen aufgewachsene, mit dem nötigen Kleingeld versehene, moderne Kulturmensch hingegen würde denjenigen für einen komischen Kauz ansehen, der ihm etwa den guten Rat gäbe, er möge sich eine nur aus Zimmer und Küche bestehende Wohnung mieten, um Geld zu sparen und aus demselben Grunde auch im übrigen so leben, wie irgend ein Industriearbeiter.

Und warum das? **Weil ihm eine entsprechend große, mit allem modernen Komfort eingerichtete Wohnung zum Bedürfnis geworden ist, weil er sich tief unglücklich fühlen würde, wenn er gezwungen wäre, ein Leben zu führen, wie irgend ein Industriearbeiter.**

Wir sehen also: **Was dem einen als Luxus erscheint, würde der andere als Entbehrung fühlen.**

Der Begriff Luxus ist eben nichts Feststehendes, sondern er wird bedingt durch die Kulturstufe, auf der ein Volk, eine Gesellschaftsschicht, eine Klasse, ja selbst der einzelne Mensch steht: höhere Bedürfnisse sind ein Merkmal höherer Kultur.

Man bezieht sich selbstverständlich nicht nur auf die materiellen, sondern auch auf die geistigen Bedürfnisse.

Der Kulturmensch erhebt Anspruch auf die Kulturgüter der Menschheit; **aber alle Kulturgüter sind durch menschliche Arbeit geschaffen worden, und jeder, der mitbillt, diese Güter zu schaffen, hat durch seine Arbeit den unbestreitbaren Anspruch erworben, sie mitzuzugenießen; denn er ist ein notwendiges Glied der menschlichen Gesellschaft, weil er gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichtet.**

Welche Arbeit aber gesellschaftlich notwendig ist, wird bestimmt durch die technische und wirtschaftliche Entwicklung.

Einige Beispiele sollen dies erläutern.

Vor der Erfindung der Dampflokomotive brauchte man keine Eisenbahner, sie wären damals der höchste „Luxus“ gewesen. Würden aber heute die Eisenbahnbediensteten auch nur eines Landes die Arbeit einstellen, so wäre das nicht nur ein Unglück für dieses Land, sondern die Störung würde sich weit über seine Grenzen hinaus in der empfindlichsten Weise fühlbar machen; wohl ein hinreichender Beweis dafür, wie notwendig die Arbeit der Eisenbahner heute ist.

In ähnlicher Weise verhält sich die Sache bei Elektrikern, Gas- und Wasserleitungsinstallateuren und vielen anderen Berufen,

die es früher nicht gegeben hat, deren Arbeit aber heute unumgänglich notwendig ist.

Allerdings werden durch die fortschreitende Entwicklung nicht nur neue Berufe notwendig, sondern auch früher bestandene Berufe überflüssig gemacht.

Gehört nun etwa der Gärtnerberuf zu jenen, die durch die fortschreitende Entwicklung beseitigt werden? Ist etwa insofern doch etwas Wahres an dem Ausspruch: „Die Gärtnerei ist ein Luxus“?

Allerdings, wenn wir die Entwicklung der Privatgärtnerei verfolgen, scheint es fast so; immer häufiger tritt der Fall ein, daß Privatgärtnereien verkleinert, oder ganz aufgelöst werden. Die „Herrschaften wollen für die Gärtnerei nichts mehr ausgeben, sie brauchen mehr Geld für Automobile und andere schöne Dinge.

**Aber wo steht denn geschrieben, daß das Lustwandeln in wohlgepflegten Parkanlagen, das Halten von Blumen im Zimmer in alle Ewigkeit ein Vorrecht der „Herrschaften“ bleiben wird?**

**Muß und wird es immer so bleiben, daß die einen nur genießen, die anderen nur arbeiten?**

Wenn wir die Entwicklung aufmerksam verfolgen, so finden wir, daß auch in unserm Beruf eine große Umwandlung vor sich geht: In der Handelsgärtnerei bilden sich Großbetriebe, und in den Städten, zumal in den Großstädten, entstehen Gärtnereien und Parkanlagen, die aus Steuergeldern erhalten werden und der allgemeinen Benützung offen stehen.

Hunderte von Kollegen finden in diesen Betrieben heute schon Beschäftigung.

Wie lange aber ist es her, daß städtische Gärtnereien überhaupt existieren? Die Zeit, wo man die Verwendung städtischer Steuergelder für Gärtnereizwecke als Verschwendung, städtische Gartenanlagen als Luxus erklärt hat, liegt noch gar nicht so weit hinter uns. Aber mit dem Anwachsen der Großstädte sind ausgedehnte Parkanlagen unbedingt notwendig geworden, sie sind die „Lungen der Großstadt“.

Nun würden ja den Zweck der Luftreinigung Bäume und Sträucher auch dann erfüllen, wenn sie nicht in wohlgepflegten nach künstlerischen Grundsätzen angelegten Parkanlagen stehen würden. Aber inmitten einer Großstadt so etwas wie einen Urwald anzulegen, ist heute gerade so unmöglich, wie etwa der Bau von Lehmhütten in irgend einer belebten Straße derselben. Die künstlerische Gestaltung des gesamten Stadtbildes ist eine Aufgabe, der sich heute keine Stadtverwaltung mehr entziehen kann, wenn anders sie nicht mit dem Großteil der Stadtbewohner in Widerspruch geraten will; denn die Forderung nach Schönheit wird heute nicht nur von den „oberen“, sondern auch von den „unteren“ Schichten der städtischen Bevölkerung erhoben.

Auch die Arbeiter wollen keine Tiere mehr sein, die zufrieden sind, wenn sie ihren Stall und ihr Futter haben; sie wollen sich erholen nach des Tages Mühen, sie fordern Spielplätze für ihre Kinder und suchen deshalb immer mehr Einfluß auf die Stadtverwaltungen zu gewinnen, was ihnen zum Teil auch schon gelungen ist.

Wir sehen also bei dieser flüchtigen Betrachtung schon, wohin die Entwicklung in unserem Berufe führt: Während die Arbeit der Gärtner früher fast ausschließlich den Launen und dem Luxus der besitzenden Klassen diente, **dient sie heute schon immer mehr und mehr den Interessen und Bedürfnissen der Allgemeinheit.**

Diese Entwicklung steht aber heute erst in ihren Anfängen, und es würde zu weit führen, alle künftigen Möglichkeiten hier zu erörtern; jedoch kann heute schon mit vollster Beruhigung ausgesprochen werden, **daß gerade unser Beruf eine große Zukunft hat.**

Haben wir aber begründete Hoffnung auf eine bessere Zukunft, so brauchen wir auch an der Gegenwart nicht zu zweifeln.

Wenn auch die Privatgärtnereien zurückgehen, so entwickeln sich dafür die Handelsgärtnereien und die städtischen Gärtnereien zu Großbetrieben, eine Entwicklung, die wir von unserm Standpunkt als Arbeitnehmer nur beirren können; denn erst der Großbetrieb bietet das geeignetste Feld für den gewerkschaftlichen Kampf.

Andere Länder sind uns in dieser Entwicklung vorausgegangen, aber auch in der Entwicklung der gewerkschaftlichen Gärtnereorganisationen. Wenn auch unsere gewerkschaftliche Organisation erst sozusagen in den Kinderschuhen steckt, so ist damit nicht bewiesen, daß diese Organisationsform in Österreich keine Existenzberechtigung und keine Entwicklungsmöglichkeit besitzt, wie uns gewisse „Führer“ gerne einreden möchten, sondern bewiesen ist damit lediglich, daß wir in Österreich auch in der Hinsicht gegen andere Länder zurückgeblieben sind.

**Die Entwicklung geht aber bei uns in derselben Richtung, d. h. zum Großbetrieb, und darum ist auch die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation absolut gesichert.** Alle anderen Vereinigungen müssen, weil nicht auf dem Boden der Tatsachen stehend, nach längerem oder kürzerem Siechtum ein unruhmliches Ende nehmen.

Die Angst unserer Kollegen vor den „Roten“ und vor der „Politik“, welche die meisten von ihnen heute noch abhält, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, entspringt entweder der Unkenntnis des Wesens und Wirkens einer solchen Organisation, oder — sie ist überhaupt nicht echt. Bei vielen ist es nur kleinliche Selbstzucht, nur Mangel an Opferwilligkeit; es sieht ja immerhin besser aus, wenn man sagt, daß man von den „Roten“ und von „Politik“ nichts wissen wolle, als wenn man eingesteht, daß man im sicheren Hinterhalt warten will, bis andere die Kastanien aus dem Feuer geholt haben.

Solche Kollegen wissen zwar sehr gut, daß eine Vereinigung (wie z. B. der Privatgärtner-Verband) für die Allgemeinheit niemals etwas leisten wird, und sie machen auch kein Hehl daraus; aber sie bleiben trotzdem weiter dabei, weil jeder einzelne im Stillen auf die Protektion irgend eines „einflußreichen“ Herrn hofft und weil ihm, wenn nur er seinen Vorteil dabei findet, das Schicksal seiner Kollegen vollkommen gleichgültig ist.

Es liegt nun in der Natur der Sache, daß bei solcher Spekulation unmöglich alle Spekulanten auf ihre Rechnung kommen können; die natürliche Folge ist eine Massenproduktion von „gekränkten Leberwürsten“. Die weitere Folge ist, daß die „einflußreichen“ Herren, die ja ihre Pappenheimer sehr genau kennen, sie auch danach behandeln. Die Masse der protektionsfähigen Kollegen ist in ihren Augen weiter nichts, als der dunkle Hintergrund, von dem sich ihre eigenen werten Persönlichkeiten im Glorienschein ihre „Verdienste an dem Gärtnerstand“ leuchtend abheben und hat keine andere Aufgabe, als ihre Eitelkeitsbedürfnisse zu befriedigen, ihnen bei jeder Gelegenheit Staffage zu machen.

Wir beneiden diese Kollegen nicht um ihre Rolle; sie haben eben die Organisation und die Führer, die sie verdienen. Solche Kollegen aufklären zu wollen, wäre auch vergebliche Mühe; sie werden die Gewerkschaften immer als „politisch“, die Gewerkschaften immer als „Rote“ erklären.

Doch wir werden uns zu trösten wissen. Lieber wollen wir als „Rote“ gelten, als Feiglinge und selbstsüchtige Streber sein.

Wesentlich anders jedoch steht die Sache bei jenen Kollegen, deren Angst vor den „Roten“ und vor der „Politik“ echt ist und die wirklich für die Allgemeinheit arbeiten wollen, aber infolge ihrer irrthümlichen Auffassung heute noch Zeit und Mühe an eine aussichtslose Sache verschwenden. Diese sind durch Aufklärung für uns zu gewinnen, und darum erwächst uns die Pflicht, diese Aufklärungsarbeit im Interesse der Allgemeinheit zu leisten.

(Schluß folgt.)

## Arbeiter- und Angestellten-Versicherung

### Krankenversicherung.

**Krankenversicherung.** Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung vor den Ferien beschlossen, der **Gärtner-Krankenkasse** (Ersatzkasse) in Hamburg auf Grund des § 518 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung mit Wirkung vom 1. Juli 1914 ab die **Beitragstelle der Arbeitgeber zu vier Fünfteln** zuzusprechen.

Durch das Zentralblatt für das Deutsche Reich werden die Ortskrankenkassen usw. angewiesen werden, diese Pflichtbeiträge vom obengenannten Tage an die Gärtner-Krankenkasse abzuführen.

## Bekanntmachungen

In jeder Mitgliederversammlung verlesen!

### Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Hauptverwaltung: Berlin S 42, Losenhofer 1 — Fernruf: Moritzplatz, 3725 — Vorsitzender: Jos. Busch. — Postcheckkonto: Nr. 10801, Albert Lehmann, Berlin.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders (Name, Ort, Straße und Hausnummer).

Diese Woche ist der 29. Wochenbeitrag fällig.

### Hauptverwaltung

Gauleiter für den Gau Stuttgart gesucht.

Zu Anfang September 1914 wird für den Gau Stuttgart (umfassend Württemberg, Elsaß und den südlichen Teil Badens) ein Gauleiter gesucht. Dieser ist zugleich Ortsbeamter für Stuttgart.

Die Bewerber müssen mindestens vier Jahre gewerkschaftlich organisiert, in der Bewegung hervorragend tätig gewesen und organisatorisch, agitatorisch und verwaltungstechnisch befähigt sein.

Wichtig ist, daß die Bewerber mit den süddeutschen, wenn möglich mit den württembergischen Verhältnissen durchaus vertraut sind.

Jeder Bewerber hat eine Arbeit zu liefern, deren Thema sofort von der Hauptverwaltung einzufordern ist.

Die Bewerbung ist mit Einsendung des Mitgliedsbuches und einem kurzen Lebenslauf bis spätestens 8. August 1914 mit der Aufschrift „Bewerbung“ an die Hauptverwaltung einzureichen.

Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlung 1912.

Die Stellung wird durch die Kündigung seitens des jetzigen Gauleiters, Kollegen Albrecht, frei.

Der Hauptvorstand.

I. A.: Josef Busch.

Quittung der Hauptkasse für die Zeit vom

30. Juni bis 6. Juli:

Teilzahlungen für das II. Vierteljahr: Hannover 50, Köln a. Rh. 110,50, Mannheim 200, München 50, Dortmund 100, Wiesbaden 60 Mk. Restbetrag der Abrechnung: Breslau. Alb. Lehmann.

## Gaue und Ortsverwaltungen

**Essen.** Das Vereinslokal befindet sich von jetzt ab: Rest. Groß-Essen, Steelerstr. (am Steeler Tor). Versamml. 14 tägig.

— Die Kollegen **A. Woy**, früher Hamburg, **Schlenzog**, früher Plettenberg i. W., **Johann Freyer**, früher, Essen und **Paul Sacher**, früher Wetter (Ruhr) werden gebeten, ihre Adresse anzugeben. Wer den Aufenthalt derselben weiß, wird ebenfalls ersucht, denselben an Albin Panzer, Essen (Ruhr), Steinstr. 29, mitzuteilen.

**Köln a. Rh.** **Herm. Sorgenfry**, Mitgliedsnummer 70501, eing. 8. 11. 13, wird ersucht, seine Adresse anzugeben bei O. Schleinitz, Schaafenstr. 4, I.

**Lidenscheid.** Wer kennt die Adresse des Koll. **Otto Soltmann** (im Nov. 1913 in Schalksmühle in Stellung). Nachricht an Ernst Jesch, Domgasse 4.

**Stuttgart.** Die **Generalversammlung** findet am 18. Juli im Gewerkschaftshaus, Saal 14, statt.

— Wer kennt den Aufenthalt des Kollegen **Wilhelm Rößler**, früher Überlingen am Bodensee. Rößler wird seit 23. 2. 14 vermißt. Nachricht an seinen Halbbruder A. Keßler, Überlingen a. B., Friedhofstr. 3.

### Sterbetafel.

Am Sonntag, den 28. Juni, wurde unser treues Mitglied

**Wilhelm Hanta**

von einem jähen Tod ereilt. Er starb im Alter von 18 Jahren beim Baden in der Pleiße. Unter den schwierigsten Verhältnissen stand der Kollege fest zur Organisation. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung Leipzig.

## Lage des Arbeitsmarktes.

Am 1. Juli waren in folgenden Orten arbeitslos:

Barmen	3 Kollegen	Hamburg	19 Kollegen
Berlin	41 „	Hannover	7 „
Bremen	7 „	Köln	— „
Dresden	5 „	Leipzig	4 „
Düsseldorf	5 „	München	17 „
Essen	5 „	Stuttgart	5 „
Frankfurt	4 „	Wiesbaden	1 „

Düsseldorf berichtet: In der Provinz ist leicht Stellung zu bekommen. Düsseldorf selbst überfüllt. Hamburg berichtet: Einige jüngere Kollegen zum Kirschenpflücken sind noch unterzubringen. Dasselbe berichtet Leipzig. Hier sind auch in der Provinz Stellen frei. Hannover berichtet: In Handelsgärtnerei der Umgegend sind einige Stellen zu besetzen. Köln berichtet: In näherer und weiterer Umgegend sind Stellen frei. Dasselbe berichtet Stuttgart.

## Verband der Gärtner Österreichs

Alle Sendungen sind zu richten: Wien IX/4, Nußdorferstraße 26-28.

Sprechstunden u. Stellennachweis im Verbandslokal (Eingang um die Ecke, Bindergasse 2): Jeden **Dienstag**, vormittags von 9 bis 12 Uhr, abends von 7 bis 10 Uhr; jeden **Freitag** nur vormittags von 9 bis 12 Uhr; alle übrigen **Wochentage**, vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Die Sprechstunde am **Donnerstag Abend** fällt von nun an weg.